

Politische Wahlen haben Zukunft in Kambodscha

Demokratisierungsprozesse bleiben abzuwarten

von Raimund Weiss

Die letzten Parlamentswahlen in Kambodscha liegen ein Jahr zurück (27. Juli 2003). Die Regierungsbildung erfolgte am 15. Juli 2004. Knapp zwölf Monate stand Kambodschas Regierungspolitik still.

Die kambodschanische Volkspartei (CPP) von Premierminister Hun Sen, die in der Vorregierung der dominante Regierungspartner der Königspartei (FUNCINPEC) von Prinz Norodom Ranariddh war, regierte per Dekret. Für Kambodscha erwies sich die dritte Parlamentswahl nach Beendigung eines langjährigen Bürgerkriegs (1979-1991) erneut als politischer Destabilisierungsfaktor. Die Oppositionspartei *Sam Rainsy* (SRP) und Königspartei FUNCINPEC liefen Sturm gegen eine Regierungsbildung mit der kambodschanischen Volkspartei. Sie forderten den Rücktritt von Premierminister Hun Sen, obwohl die Wahlergebnisse eindeutig waren. Die CPP gewann 47,35 Prozent der Stimmen, die FUNCINPEC 20,75 Prozent und die SRP 21,87 Prozent.

Politische Wahlen bedeuten nicht gleich Demokratie

In Kambodscha bedeuten politische Wahlen eben nicht gleich Demokratie. Wahlergebnisse werden von allen politischen Parteien als Spieleinsatz für ein Machtpoker um Regierungspositionen verstanden. Eine Rechnung, die auch bei diesen Parlamentswahlen aufgehen sollte. 334 Regierungsposten waren zu vergeben, darunter 51 Minister, berichte-

te der englischsprachige Pressespiegel Kambodschas *The Mirror*. Im Vergleich: Die französische Regierung zählt 34 Regierungsmitglieder. Zur Sicherung von Regierungsposten folgte ein einjähriger Boykott der Regierungsbildung durch die FUNCINPEC und SRP. Diese wird durch Kambodschas Verfassungsregelung erleichtert, nach der nur mit zwei Drittel der Parlamentssitze eine Regierungsbildung möglich ist. Keine Partei hatte so viele Sitze gewonnen (CPP: 73; FUNCINPEC: 26; SRP: 24).

Die FUNCINPEC setzte in der Folge auf eine Protestallianz mit der Oppositionspartei SRP, um ihre Verhandlungsposition gegenüber der CPP zu stärken. Mit Erfolg: Obwohl sie nach Stimmen hinter der SRP lag (20,75 Prozent zu 21,87 Prozent) konnte sie sich 40 Prozent der Regierungsposten sichern. Dies macht das kambodschanische Wahlsystem möglich. In neun von 20 Land- und Stadtwahlkreisen ist nur ein Parlamentssitz zu gewinnen. Die Stimmen der Wahlverlierer fallen in diesen Wahlkreisen unter den Tisch.

Eine Regierungskoalition von CPP und FUNCINPEC unter Premierminister Hun Sen kam zustande. Die Oppositionspartei *Sam Rainsy* wurde in die dunkle Ecke gestellt. Sie blieb der konstituierenden Parlamentssitzung am 15. Juli 2004 aus Protest fern, was Premierminister Hun Sen dazu veranlasste, der SRP mit Streichung ihrer 21 gewonnenen Parlamentssitze zu drohen. Später folgten Anschuldigungen, dass sie

eine militärische Widerstandsgruppe zum Sturz von Hun Sen organisiert habe, berichtet die *Phnom Penh Post*. König Norodom Sihanouk, der im Zuge der einjährigen Krise der Regierungsbildung im selbstgewählten Exil bei seinem langjährigen Freund Kim Il Sung in Nordkorea residierte, kritisierte die Kompromisslosigkeit der politischen Parteien und drohte mit seiner Abdankung. Er erkannte die Regierungsbildung zunächst nicht an, lenkte dann aber doch ein. Der Oberpatriarch des buddhistischen Mohanikaya-Ordens, dem 90 Prozent der kambodschanischen Bevölkerung angehören, hatte den König aufgefordert, nicht abzutreten. »Ich werde es nicht wagen, mich gegen den Patriarchen und die buddhistischen Mönche zu stellen«, erklärte der König.

Was sich wie eine politische Krise liest, ist für politische Wahlen in Kambodscha nicht ungewöhnlich. Seit Beendigung des Bürgerkrieges im Jahr 1991 wurden drei Parlamentswahlen durchgeführt, 1993, 1998 und 2003. Bei allen Parlamentswahlen sind die Wahlergebnisse jeweils von den Wahlverlierern nicht anerkannt worden und führten zu monatelangen Verzögerungen der Regierungsbildung, zum Teil zu militärischen Drohgebärden, Straßendemonstrationen, Repressionen von Sicherheitskräften, Einschränkungen der Pressefreiheit, unzähligen Morden an Parteimitgliedern aller Parteien, Parteilichkeit der Wahlkommissionen und Einschüchterungskampagnen im Wahlkampf. War die Wahlbe-

Der Autor ist freier Journalist und hat sich längere Zeit in Kambodscha aufgehalten

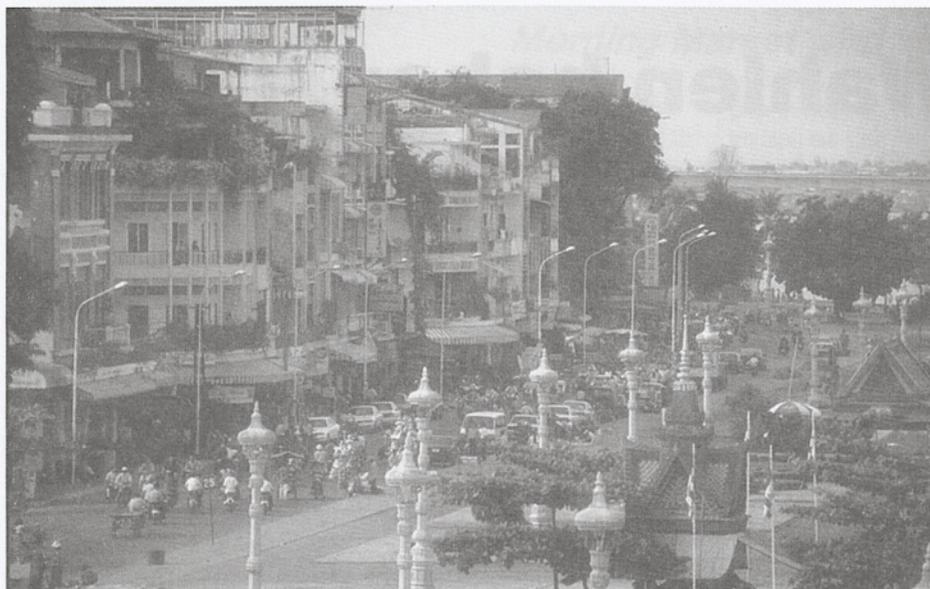


Foto: R. Weiss

Das Sisowath Quai, die Promenade von Phnom Penh — nach der Regierungsbildung dürfte die Bevölkerung wieder beruhigter spazieren gehen.

teiligung der kambodschanischen Bevölkerung bei den Parlamentswahlen 1993 und 1998 noch mit über 90 Prozent ausgesprochen hoch, zeigte sich bei den vergangenen Parlamentswahlen erstmals mit 80 Prozent ein Abwärtstrend — wenn auch auf hohem Niveau. Ein Familienvater in der Hauptstadt Phnom Penh brachte seine Politikverdrossenheit so auf den Punkt: »Wenn ich über Politik nachdenke, bekomme ich Kopfweg. Ich muss mich um meine Familie kümmern.«

Kambodscha fehlt nach einem langjährigen Bürgerkrieg eine demokratische Streitkultur. Parlamentswahlen und die damit verbundene Wettbewerbs- und Konkurrenzpolitik entpuppen sich allzu oft als Revitalisierung ehemaliger Frontlinien der Bürgerkriegsparteien. Der Eindruck entsteht, dass unter Parlamentswahlen ein Bürgerkrieg mit anderen politischen Mitteln verstanden wird. Insgesamt sind in der Vorwahl- und offiziellen Wahlkampfzeit 31 Menschen ermordet worden. Während der Regierungsverhandlungen zwischen August 2003 und Juli 2004 kam es zu sieben weiteren Morden. Darunter waren Kommunalpolitiker, Richter, Parteimitglieder aller Parteien und ein Journalist. Besonderes Aufsehen erregte die Ermordung des Präsidenten der größten oppositionellen Gewerkschaftsbewegung »Free Worker Trade Union«. Seinem Begräbnis in Phnom Penh wohnten 10.000 Menschen bei. Nur wenige Morde sind bis heute aufgeklärt worden.

Und auch die Wahlkampfkultur der Parteien folgt immer noch denselben aus dem Bürgerkrieg stammenden Argumentationsmustern. Während die Oppositionspartei SRP und Königspartei FUNCINPEC in nationalistischen Parolen anti-vietnamesische Ressentiments schürten und die Kambodschanische Volkspartei CPP als Marionette Vietnams denunzierten, setzte die CPP zwar in der Öffentlichkeit auf demokratische Töne, lässt sich hinter verschlossenen Türen jedoch nicht die Kontrolle über die politische Öffentlichkeit nehmen. Die CPP hat ein Medienmonopol und dominiert das Informationsministerium. Daneben kontrolliert sie die kambodschanische Innenpolitik über das Innenministerium, das Militär und ihre Geheimdienste. Umso stärker brodelte bei den konkurrierenden Parteien die Gerüchteküche über politische Morde.

Spieleinsatz für Machtpoker

Für Demokratisierungsprozesse in Kambodscha besteht dennoch Hoffnung. Die Institutionalisierung des Wahlsystems ist vorangeschritten, die Wahlkultur hat sich bei der kambodschanischen Bevölkerung gefestigt, die Zivilgesellschaft gehört zum festen Bestandteil der kambodschanischen Öffentlichkeit, die Wahlergebnisse von Parlamentswahlen legitimierten bisher trotz aller Mankos auch die gerade neu gebildete Regierung von CPP und FUN-

CINPEC. Als Pazifizierungsinstrument haben sie die ehemaligen Bürgerkriegsparteien zu politischen Kompromissen gezwungen und damit den zwischen 1970 und 1991 mit militärischen Mitteln ausgetragenen Grundkonflikt um die legitime Vertretung der kambodschanischen Bevölkerung behoben. Das Vertrauen in demokratische Wahlen ist in den vergangenen Jahren bei den politischen Eliten und der Bevölkerung gestiegen, wenn sich auch bisher die Regierungsbildung als schwierig erwiesen hat. Auch kann Kambodscha auf eine historische Tradition demokratischer Wahlen zurückblicken. Es waren die Wahlsiege der Demokratischen Partei von Prinz Yuthevong bei den Parlamentswahlen 1946, 1947 und 1951, die die monarchischen Eliten unter König Norodom Sihanouk und die französische Kolonialregierung dazu zwangen, Kambodscha noch vor Vietnam im Jahr 1953 in die Unabhängigkeit zu entlassen. Umfragen zufolge war die Mehrheit der kambodschanischen Bevölkerung (82 Prozent) im Jahr 2003 mit der Entwicklung des Landes nach den Gräueln des Bürgerkrieges und des Totalitarismus der Roten Khmer zufrieden. Es wird demnach in erster Linie von den politischen Parteien Kambodschas abhängen, ob sie mit politischen Wahlen Demokratisierungsprozesse einleiten oder diese weiter als Spieleinsatz für einen Machtpoker um Regierungspositionen verstehen. Für die Bevölkerung Kambodschas steht die Bedeutung von Demokratisierungsprozessen außer Frage. Die Wahlbeteiligung war mit 80 Prozent erneut — wenn auch mit ersten Rückgängen — sehr hoch.